

Grünes Jugendstärkungspaket für Berlin

Eckpunkte von Silke Gebel, Clara Herrmann, Stefanie Remlinger, Klara Schedlich, Marianne Burkert-Eulitz, Oliver Gellert, Filiz Keküllüoğlu.

Jugendliche brauchen Chancen und eine Perspektive auf eine gute Zukunft. Gerade nach der Coronakrise - aber auch mit Blick auf die tiefsitzende Zukunftssorge vor der Klimakatastrophe - brauchen Kinder und Jugendliche Hoffnung und Unterstützung. Gute Ausbildungsperspektiven, Bildungschancen und Gehör in Medien und Politik - das ist Respekt auf Augenhöhe. Aktuell wächst jedes vierte Kind in Armut auf, diese Lebenssituation prägt Kindheit und Jugend. Sie sind kein neues, sondern ein strukturelles Phänomen. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss die Hürden im Bildungssystem für Kinder abbauen, die in Armut aufwachsen. Wir sind überzeugt, insbesondere vor dem Hintergrund dieser aktuellen sozialen Situation und der Auswirkungen einer dreijährigen Pandemie, braucht es ein **“Jugendstärkungspaket für Berlin”**. Es braucht keine Vorverurteilung aufgrund des Vornamens, keinen Pauschalverdacht aufgrund kultureller Zuschreibungen und keinen blinden Aktionismus. Wir stellen Eckpunkte auf, aber umgesetzt, finalisiert und in die Kieze gebracht werden, müssen diese mit den Jugend-, Sozial- und Schulstadträt*innen, den Trägern und vor allem den Jugendlichen und Familien direkt. Denn bei allen Maßnahmen ist die Einbindung von Jugendlichen und umsetzenden Akteuren zentral.

1 Angebote der Jugendsozialarbeit in der Stadt stärken

Jahrelang wurde Kinder- und Jugendarbeit abgebaut, die Folgen dieser Schwächung sind an vielen Orten zu spüren. Wir haben in der letzten Legislatur diese Entwicklungen mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz gestoppt. Im Kern stehen die Stärkung menschlicher Beziehungen vor Ort und diese leben von kontinuierlichen Strukturen und guten Rahmenbedingungen. Wir haben bereits viel Geld in die Hand genommen, damit Personal und Strukturen in den Bezirken endlich wieder aufgebaut werden können. **Dazu gibt es Quantitäts- und Qualitätsvorgaben, die die Bezirke nur umsetzen können, wenn sie finanziell und personell ausreichend ausgestattet werden.** Jugendarbeit kann die Chancen- und Bildungsgerechtigkeit, in guter Ergänzung zu den Schulangeboten steigern, deshalb müssen wir sie stetig ausbauen.

Zusätzlich müssen wir in der Jugendsozialarbeit auf starke Bezirke und Regelförderungen setzen: Die Jugendämter müssen den gewachsenen Herausforderungen angepasst werden. Die aufsuchende Jugendsozialarbeit in den Bezirken muss dem Bedarf entsprechend ausgebaut und befristete Projekte müssen strukturell verstetigt werden. **Hierfür braucht es einen Aufwuchs der bezirklichen Mittel und ggf. eine Zweckbindung der Mittel für Jugendsozialarbeit ähnlich wie bei den gesetzlichen Leistungen, wofür im Jugendfördergesetz die Grundlage gelegt wurde.** Dieses muss nun koordiniert durch die Bildungsverwaltung weiter mit Leben gefüllt werden.

Gerade in Gebieten, in denen viele Menschen Transferleistungen beziehen oder von Armut betroffen sind, sind sozialräumliche Herangehensweisen auch über die Jugendhilfe hinaus wichtig. Dies ist nicht nur wichtig, um vorhandene Ressourcen möglichst effizient einzusetzen, sondern auch, um die Bedarfe vor Ort adäquat zu adressieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. **Das Expert*innenwissen der Akteur*innen vor Ort wie etwa Familienberatungsstellen, Familienzentren, der Anwohnenden, Schulsozialarbeiter*innen und des Quartiersmanagements (QM) muss vermehrt**

Grundlage für fachübergreifende Analyse, Planung und Entscheidung von Verwaltung und Politik sein.

2 Junge Menschen vor Ort empowern

Jugendliche brauchen Treffpunkte. Orte, an denen sie gemeinsam Zeit verbringen können, ohne konsumieren zu müssen oder weggescheucht zu werden. In allen Kiezen - ob in Großsiedlungen oder in dicht besiedelten Innenbezirken - muss es daher flächendeckend Angebote in Form von Jugendclubs oder selbstorganisierten Räumen geben. Diese Räume müssen auch für Jugendliche aus Geflüchtetenunterkünften erreichbar und offen sein. Viele dieser Gebäude sind in schlechtem Zustand, chronisch unterfinanziert oder von Räumungen betroffen. Das muss sich ändern. Bei der Priorisierung über die Nutzung des öffentlichen Raums darf keine ganze Generation vergessen werden: **Jugendfreizeitstätten, Orte für Kinder und Jugendliche müssen in jedem neuen Quartier entstehen und wo solche Räume vorhanden sind, müssen wir sie schützen.**

Aktuell werden Quartiersmanagement-Gebiete aufgrund der strukturellen Entwicklung aus dem QM-Programm entlassen, obwohl sie weiterhin durch einen hohen Anteil an von Armut betroffenen Familien geprägt sind. **Stattdessen müssen die Angebote und die Arbeit vor Ort langfristig und mit Hilfe der Landesebene verstetigt werden.** In diesen sozio-ökonomisch benachteiligten Gebieten besteht die Notwendigkeit, langfristige Perspektiven zu schaffen. Und es braucht weiterhin Angebote der sozialen Unterstützung wie zum Beispiel Nachbarschaftstreffs, Sozialberatung sowie Angebote für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Denn für eine nachhaltige und langfristige Verbesserung der Situation der Jugendlichen, für eine Überwindung ihrer Perspektivlosigkeit und damit für ihre gesellschaftliche Teilhabe werden Ressourcen benötigt. Dabei müssen auch die Familien als Ganzes in den Blick genommen werden, mit Angeboten auch für Väter und Mütter.

Die Zukunftskieze aus dem Koalitionsvertrag für Bezirksregionen mit besonders schweren Herausforderungen müssen endlich realisiert werden. Damit werden wie im Soldiner Kiez mit der "Bildungsinitiative Zukunftskiez" Jugendliche durch die gezielte Zusammenarbeit von Trägern und Einrichtungen vor Ort gestärkt. Bestehende Programme werden vernetzt und zusätzliche Ressourcen so investiert, dass Jugendliche bedarfsgerechte Unterstützung zur Bewältigung ihres Lebensalltags und bei ihrer Bildungslaufbahn erhalten. So werden echte Perspektiven vor Ort geschaffen und die Jugendlichen werden empowert ihren Weg zu gehen.

Durch Sport können viele Kinder und Jugendliche niederschwellig erreicht werden. Zudem fördert Sport zentrale soziale Kompetenzen wie bspw. Teamgeist, Kommunikation und Respekt. Um die zumeist Ehrenamtlichen in den Sportvereinen zu unterstützen, braucht es zusätzliche Mittel für die Vereine, damit über Sport Beziehungen zu den Kindern und Jugendlichen aufgebaut werden können. **Unser Instrument ist dabei, die Jugendhilfe mit Sport zu verknüpfen und zu finanzieren.** Damit auch diejenigen in schwierigen Situationen erreicht werden können. Das gibt Struktur und Halt.

3 Perspektiven durch Ausbildungsplatzgarantie & -umlage

Nach der Regelschule brauchen Jugendliche eine Anschlussperspektive mit einem konkreten Angebot. Im Koalitionsvertrag haben wir deshalb die Ausbildungsplatzgarantie

verankert, die jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, nach Ende des 10. Schuljahres ein Angebot der Berufsausbildungsvorbereitung garantiert. **Zu deren Umsetzung sind mehr Ausbildungsplätze ebenso zentral wie der Ausbau der bestehenden Angebote der Berufsorientierung, der beruflichen Schulen und der integrierten Berufsausbildungsvorbereitung (IBA).** Damit Anreize für mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden, wollen wir die umlagefinanzierte branchenspezifische Ausbildungsplatzgarantie einführen, bei der die Unternehmen mittels eines gemeinsamen Fonds die Ausbildungsplätze solidarisch (teil-)finanzieren.

Allzu häufig finden dann aber ausbildende Unternehmen und Auszubildende nicht zueinander. Auch hier hat die Pandemie ein Loch gerissen: 45.000 Jugendliche konnten keine berufsorientierenden Praktika absolvieren. **Hand in Hand mit den ausbildenden Unternehmen, den Kammern, den Schulen, den Jugendorganisationen, der Jugendberufsagentur und der Arbeitsagentur muss deshalb berufliche Orientierung neu gedacht werden.** Berufsorientierung muss als Querschnittsaufgabe in allen Schulformen vorkommen, mit einem gestärkten Wirtschaft -Arbeit-Technik-Unterricht und dem Sammeln praktischer Erfahrungen, beispielsweise in Schulwerkstätten und Maker Spaces. Das Motto ist: Mit vielfältigen Angeboten und Einbeziehung von Eltern und Vormündern werden alle jungen Menschen erreicht. Unter dieser Maßgabe müssen die vielen außerschulischen Projekte und Angebote der beruflichen Orientierung gestärkt, fortgeführt und gebündelt werden. **Nicht zuletzt dafür ist die flächendeckende Stärkung der Jugendberufsagenturen überfällig.** Außerdem startet Berlin einen "Tag der Berufsorientierung", an dem alle Schüler*innen der 8. Klassen berufliche Schulen besuchen und kennenlernen sollen.

4 Gewaltprävention durch Begegnung und Perspektiven schaffen

Egal um welche Form der Gewalt es sich handelt - Prävention findet immer vorher statt: durch Begegnungen und Perspektiven. Die Präventionsräte in den Bezirken arbeiten vor Ort themenübergreifend und schaffen Begegnungen, die eine wichtige Basis für die Reduzierung von Gewalt sind. Die Landeskommission gegen Gewalt kann kurzfristig reagieren und präventive Arbeit gegen Gewalt unterstützen. Allerdings sollten neue Projektförderungen nur dann konzeptioniert werden, wenn sie nicht bereits durch bestehende Angebote abgedeckt werden? Sinnvoll ist zu prüfen, **inwiefern ein neues KLR-Produkt "Gewaltprävention Jugendhilfe", bei dem die Jugendämter die im Bezirk benötigten Hilfen mit den Trägern ausgestalten können, hier einen Schwerpunkt setzen kann.**

Straftaten im Bereich Jugendkriminalität sind in den letzten Jahren konstant rückläufig. Zudem ist aus wissenschaftlicher Perspektive erwiesen, dass eine Verschärfung des Strafrechts in diesem Bereich kontraproduktiv wirkt und natürlich auch keine Ursachen löst. Gleichwohl gibt es untragbare Gewaltexzesse und Übergriffe wie in der jüngsten Silvesternacht, die es konsequent zu verhindern gilt. **Dazu braucht es neben Prävention gründliche Ermittlungen und zugleich möglichst schnelle Verfahren bei schweren Vergehen durch Jugendliche. Dafür müssen** die bestehenden personellen Strukturen in der Justiz gestärkt werden.

Die Angriffe auf Berliner Rettungskräfte haben zuletzt eine neue Dimension erreicht, diese sind weder nachvollziehbar noch akzeptabel. **Um dies zukünftig zu verhindern, muss Vertrauen geschaffen werden durch Begegnung und Aufklärung mit einem Aktionsprogramm "Rettungskräfte kennenlernen".** Dafür soll künftig jede Grundschule und weiterführende Schule einmal verpflichtend mit Rettungskräften in Kontakt kommen. In den Grundschulen gelingt dies bspw. durch einen Besuch der Feuerwehrwache vor Ort und in der weiterführenden Schule durch einen Erste-Hilfe-Kurs mit Rettungskräften. Durch diese Begegnungen wird der Respekt vor den Rettungskräften gestärkt, Gewalt kann vorgebeugt

werden und gleichzeitig motiviert dies potentielle Freiwillige für Hilfsorganisationen oder Sicherheits- und Gesundheitsberufe. Entsprechende Kampagnen in den sozialen Medien sollen diese Maßnahmen flankieren.